

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonntags.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark.

XXXII.

Leipzig, Sonnabend den 8. Dezember 1894.

№ 142.

Handwerksorganisation.

Als die Vorschläge des Freiherrn v. Berlepsch für die Neuorganisation des Handwerks zur allgemeinen Diskussion gelangten und bald darauf zurückgezogen wurden, um, wie man erwartete, in der Form eines Gesetzesentwurfes demnächst wieder zu erscheinen, da versparten wir uns eine Betrachtung jenes nicht unwichtigen Vorganges des öffentlichen Lebens bis zu dem Zeitpunkte, wo die Handwerkerbill vorliegen würde. Aber die Verlautbarungen über das Schicksal jener Pläne sind so schwankend, daß wir nicht länger mehr warten wollen, die Skizze des ganzen Vorhabens, die schon des längern in unsrer Mappe ruht, zum Abdrucke zu bringen. Als ein Beitrag zur Fixierung der zeitgeschichtlichen Sozialpolitik kommt dieses Resümee nicht zu spät und es gewinnt noch dadurch, daß wir auch die Haltung der Unternehmerschaft des Buchdruckgewerbes zu den Berlepschschen Vorschlägen in die Uebersicht streifend hineinzubeziehen haben.

Die ministeriellen Vorschläge zeigen uns einerseits, daß man in Regierungskreisen von dem chronischen Niedergange des Handwerks überzeugt ist und eine Aenderung für unvermeidlich hält, während das Unternehmertum (Meister) durch seine Einwendungen gegen verschiedene Theile dieses Entwurfes nur bei sich einen Notstand anerkennt und naiv der Welt glauben machen will, für das Wohl der Arbeiter sei in Hülle und Fülle gesorgt, dieselben schwelgen jetzt im Ueberflusse.

Sie weitem sehen wir ein, daß die Regierung einen großen Teil der wahren Ursachen dieser Misere sehr wohl erkannt hat, nur über die einzuschlagenden Wege zur Besserung macht sich eine vollständige Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse bemerkbar. Oberflächlich betrachtet mögen sich die gemachten Vorschläge noch gar nicht einmal so übel ausnehmen; aber wir haben lernen müssen, alles was von jener Seite kommt mit doppelter Vorsicht zu betrachten, besonders wenn es scheinbar den Mantel der Humanität trägt.

Nicht umsonst erklärte sich die gesamte Unternehmerschaft so eifrig und voreilig mit dem großen Ganzen dieser Entwürfe einverstanden, bedeuten doch dieselben weiter nichts als eine geringfügige Umgestaltung und Obligatorisierung der Innungen. So entspringt die Opposition der Innungsschwärmer gegen einzelne Punkte dem Bestreben, die unvermeidlich werdende Aufhebung der Innungen so teuer wie möglich zu verkaufen und besonders die als Lockspeise für die Arbeiter gebotene Mitwirkung in den geplanten Fachgenossenschaften auf ein Nichts herabzubringen. Die Lohnherren — insonderheit die Innungsgöhen — können resp. wollen es nun einmal nicht einsehen, daß derjenige, der arbeitet, auch ein Interesse und ein Recht an der Regelung der Arbeitsbedingungen hat und auch wahr-

nehmen will. Diese Biedermänner, die meist gar nicht wissen, was Arbeit heißt, deren bedeutender Teil nie in einem Abhängigkeitsverhältnisse gestanden hat, diese paar Superflugen und Viertischpolitiker vermessen sich, ihre einseitigen Bedingungen vielen Millionen Arbeitenden vorzuschreiben, zu dem einzigen Zweck, ihren Geldbeutel auf möglichst schnelle und bequeme Weise zu füllen.

Sehen wir uns doch unsere Groß- wie Klein-Handwerksmeister einmal an: Immer seltener werden solche, die „von der Pike auf“ gebildet haben. Meist sind es Mutterköhnen, denen das Erbe ihres einst strebhamen Vaters als reife Frucht in den Schoß fiel, die ihre Jugend nur dazu benutzten, auf Kosten des „hummen arbeitenden Alten“ recht viele Wechseln zu verquetschen; blasierte Herrchen, die den Arbeitern, die sich unter dem Zepter ihres alten, gütigen Chefs wohl fühlten, durch ihre Herrschaft und allerlei Spitzfindigkeiten das Arbeiten verleiden und das Leben verbittern. Viele finden wir, die als Geselle kein Fortkommen fanden, da sie in einer Beurlingsbrutanstalt nichts gelernt haben und nun ihr Heil als „Meester“ versuchen, um natürlich eine Herde Beurlinge zu noch unbrauchbareren Arbeitern heranzubilden, als sie selbst es waren. Mit verschwindenden Ausnahmen aber schauen alle weder rechts noch links, sondern gerade aus auf ihren — Geldsack.

Daher kommt es denn, daß diese Herren, voran die Innungsmeister, sich eine Besserung der Lage nicht anders vorstellen, als durch Verminderung der Arbeitslöhne, durch völlige Hilflosmachung des Arbeiters, durch Erniedrigung desselben zu einem unselbständigen, kriecherischen, bedürfnis-, willen- und wunschlosen Sklaven. Sie wollen jeden Einfluß desjenigen, der die Arbeit leistet und sie am richtigsten abzuschätzen im Stande ist, aus der Welt schaffen, um die Arbeitspreise nach ihrer Willkür herabzubringen, also die Herstellungskosten des Produktes zu verringern und auf diese Weise sich höhern Profit zu verschaffen. Welche Folgen ein solches Beginnen bringt, ist bekannt: die Preise des Erzeugnisses sinken in gleicher Weise wie die Löhne!

Um nun das gar zu tiefe Sinken der Preise zu verhüten und angeblich die Schmutzkonzurrenz zu bekämpfen, glauben die Hünstler das Ei des Kolumbus in der Festsetzung von Kundentariifen gefunden zu haben. Sie vergaßen dabei jedoch, auch die Herstellungskosten zu fixieren. Denn da sie in Sachen Lohnzahlung vollständig anarchische Zustände lieben, werden die Schmutzkonzurrenten und Beurlingszüchter, deren wir nicht zu wenige gerade unter den Junftbrüder finden, die Löhne auf das unglaublichste herunterdrücken. Und dann würden die Herren wohl meist die Festsetzungen ignorieren resp. den Zwang auf irgend eine Weise abschütteln, falls er ihnen un bequem werden sollte; denn daß sie gewohnt sind, eingegangene Verpflichtungen und Versprechungen

nicht zu halten, haben z. B. unsere Druckherren leider nur zu häufig bewiesen. Eine unbedingt notwendige Voraussetzung der Festsetzung von Kundentariifen wäre also die Schaffung von angemessenen Normal- resp. Minimal-Lohnsätzen, wie sie von den Gehilfen und Gesellen vieler Zweige längst verlangt werden.

Wenden wir uns nach dieser kleinen Heerschan den hauptsächlichsten Punkten der Entwürfe des Freiherrn v. Berlepsch zu.

Die Vorschläge suchen die Organisation des Handwerkes in Errichtung von Fachgenossenschaften und Handwerkerkammern, die aus den Handwerksmeistern gebildet werden und denen als fünftes Rad am Wagen je ein Gehilfen-ausschuß beigegeben werden soll, welcher be rechtigt sein wird, in einigen Angelegenheiten mitzuwirken. Werden sich wohl hüten vor dieser Mitwirkung, die Gehilfen, wenn sie nicht auch mitzubestimmen haben! Dies jedoch dürfen sie nicht, wie denn selbst die in Aus- sicht gestellte Mitwirkung schon einen Sturm der Entrüstung unter den braven Innungsherren hervorgerufen hat. Als Ziele der Fachgenossenschaften sind die schon vor 200 bis 300 Jahren von den Zünften und später von den Innungen vorgeblich zu verfolgenden Aufgaben gesteckt, die von jeher bloß auf dem Papiere standen und meist in das Gegenteil verkehrt wurden, so die Pflege des Gemeingeistes(?) und die Stärkung der Standesehre unter den Genossen. Beim ersten Teile genügt wohl das Fragezeichen, da er weiter nichts ist als eine unübersetzte stereotype Phrase. Stärkung der Standesehre? — sollen da die verschiedenen Dünkel noch mehr verstärkt werden, als da sind: Schneiders-, Schusters-, Weinwebers-, Kastenbinders- usw. Ehre? Daß die zu erstrebende „Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen“ nach Ansicht der ersteren nur auf absoluter Unterwürfigkeit der letzteren begründet werden kann, weiß ein jeder, ebenso wie sich die Meister die „nähere Regelung des Beurlingswesens und die Fürsorge für die technische und sittliche Ausbildung der Beurlinge“ denken. Die Befugnis, „Beranstellungen zur Förderung der gewerblichen, technischen und sittlichen Ausbildung der Gesellen“ zu treffen, würde durch kürzere Arbeitszeit und bessere Löhne überflüssig; jetzt haben die Arbeiter weder Zeit noch Geld, um dafür sorgen zu können.

Um das projektierte Gesetz für die Arbeiter etwas schmackhafter zu machen, soll ein Gehilfen-ausschuß eingesetzt werden, dessen gänzliche Wirkungslosigkeit und Strohmannnatur sich nicht verleugnen kann, was wir weiter oben schon erwähnten; daß die Wahlberechtigung resp. Wählbarkeit zu demselben an bestimmte Karenzzeiten und Altersstufen gebunden ist, macht ihn nicht besser. Auch den Meistern gegenüber sollen diese Beschränkungen Maß greifen, was jene natürlich arg verschmupft hat. Wählbar sind solche Personen, die das 30. Lebensjahr vollendet haben,

was für uns Buchdruckergehilfen mit unsrer Durchschnitts-Lebensdauer von etwa 33 Jahren bedeutet, daß nur die vollständig ausgepreßten Zitronen zu dieser Ehre gelangen könnten. Kommen Wahlen nicht zu stande, so soll eine „höhere Verwaltungsbehörde“ den Ausschluß ernennen oder die Wahrnehmung der Obliegenheiten desselben „anderen“ Personen übertragen können. Vielleicht ist mit diesen „anderen“ Personen ein Besenbinder oder ein Wäschweib gemeint, die event. die Obliegenheiten der Mechaniker oder Bäcker wahrnehmen sollen!

(Schluß folgt.)

Korrespondenzen.

J. Amsterdam. Das in Rotterdam im Oktober von 400 Kollegen, die in mehreren typographischen Vereinigungen organisiert sind, gewählte Lokalkomitee lud am 20. November sämtliche Prinzipale zu einer Versammlung ein, um die Forderungen der Gehilfen betreffs Lohnerhöhung zu beraten. Dem nicht lobenswerten Vorbild der Amsterdamer Prinzipale folgten auch die Rotterdamer genau. Von den sechzig eingeladenen Prinzipalen erschienen fünf, darunter einige Buchbindermeister, während neun die schriftliche Antwort einsandten, daß zwischen ihnen und ihren Gehilfen alles in Ordnung sei. Mit den fünf Prinzipalen konnte natürlich nicht unterhandelt werden. Die Forderungen der Rotterdamer Kollegen sind: 15 Proz. Lohnerhöhung für diejenigen Gehilfen, welche 12 Gulden oder mehr die Woche verdienen, 25 Proz. für diejenigen, welche von 10 bis 12 Gulden und 35 Proz. für diejenigen, welche weniger als 10 Gulden verdienen; zehnstündige Arbeitszeit, Ueberstunden 5 Cent, Sonntags- und Nacharbeit 10 Cent die Stunde mehr. Da nun ein Zusammenarbeiten mit den Prinzipalen nicht möglich war, rief das Lokalkomitee eine öffentliche Buchdruckerversammlung auf den 25. November ein. Die Versammlung war gut besucht, jedoch wurde nach Lage der Sache für jetzt von einem Anstand in Rotterdam abgesehen, um so mehr da man in Erfahrung gebracht hatte, daß einige der größten Geschäfte Verträge mit Amsterdamer Druckereifirmen abgeschlossen hatten, gemäß denen bei einem eventuellen Streik in Rotterdam die Arbeiten in Amsterdam hergestellt werden sollten. Rotterdam besteht vorwiegend aus mittleren Handelsdruckereien, im Unterschied von Amsterdam, wo eine sehr große Zahl von Zeitungen erscheint. Doch wurde von der Versammlung allgemein der Wunsch geäußert, die Forderungen möglichst mit dem 1. Januar durchzuführen. — Der Kleine Rotterdamsche Courant, eine der größten Druckereien, hat zwei Segmaschinen angekauft. In gewisser Beziehung wird das Los der Gehilfen in diesem Geschäft dadurch vielleicht eher erleichtert, denn es ist das schlechtest bezahlende in Rotterdam. Für 8 Gulden haben die Sezer 80 Stunden wöchentlich zu arbeiten. Die Zeitung ist von der Größe der Köln. Ztg., auch die gleiche Richtung. — In Widdelsburg hat der Vorstand der dortigen Abteilung des Allg. Niederl. Typografen-Bundes ein Schreiben an die Prinzipale geschickt wegen Bewilligung einer Lohnerhöhung. Ein Prinzipal sagte mit 1. Januar eine Lohnerhöhung zu, einer war der Meinung, daß seine Gehilfen zufrieden seien, einer war „Herr im Hause“, drei bis vier gaben keine Antwort. Die Kollegen wollen nötigenfalls in den Anstand treten.

Th. Berlin. (General-Versammlung der Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe am 25. November.) Die Ergänzungswahl des Vorstandes ergab: als Arbeitgeber Herr A. Schölen, als Arbeitnehmer Herr G. Günther und Frau Zandrika. In den Rechnungsausschuß wurden die Herren E. Schmidt und Teetz wieder, G. Lehmann neugewählt. Die Abänderung des § 62 des Statuts betraf die Streichung der eingegangenen Neuen Union als Publikationsorgan. Ein Antrag, an deren Stelle den Vorwärts, Berliner Volksblatt, zu nehmen, welchen auch die Behörden bei für Arbeiter wichtigen Bekanntmachungen benutzen und der wohl von jedem denkenden Arbeiter gelesen werde, wurde nur von einem Arbeitgeber bekämpft, welcher glaubt, daß dadurch die Kasse auf politisches Gebiet gerate, während alle übrigen Redner für den Antrag sprachen und derselbe auch angenommen wurde. Ein gleichzeitiger Antrag, die Zeitschrift f. d. B. als Publikationsorgan zu streichen, da dieselbe in Gehilfenkreisen gar nicht, aber auch nicht von allen Prinzipalen gelesen werde, während die letzteren alle den Corr. lesen, wurde von allen Seiten bekämpft, seitens des obigen Arbeitgebers damit, daß er den Corr. nicht lese, seitens der Arbeitnehmer mit dem Hinweis, daß man anständiger handeln wolle als diejenigen Stützen der Gesellschaft, welche gegen den Wohlthätigkeit der Regierungen anrufen, selbst aber den Corr. betreffs der Inzerate boykottieren, dessen Lesen ihnen, als dien-

lich, für die Besserung der Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Gewerbe, nur empföhlen werden könne, worauf derselbe vom Antragsteller, welcher erklärte, mit dieser ausgedehnten Aussprache den Zweck der Stellung seines Antrages erreicht zu haben, zurückgezogen wurde. — Punkt 4 der Tagesordnung: Stellungnahme zur geplanten Zentralisation der Berliner Ortskrankenkassen bezug zur Freien Vereinigung von Krankenkassen Berlins und Umgegend, zeitigte zunächst den Antrag, diesen Punkt zu einer außerordentlichen Generalversammlung zu vertagen, da der Antragsteller, welcher Mitglied der Kommission für die Zentralisation ist, augenblicklich über den Stand der Vorarbeiten dieser nicht unterrichtet sei und in dieser Frage doch beide Richtungen gehört werden müßten. Nach der Erklärung, daß die event. Verbindung mit der letztgenannten Vereinigung alljährlich gelöst werden könne, wird der Vertagungsantrag zurückgezogen, von anderer Seite aber wieder aufgenommen mit der Motivierung, „daß die Delegierten sich doch erst mit ihren Wählern in Verbindung setzen müßten, ehe in dieser wichtigen Sache Beschluß gefaßt werden könne. Demgegenüber wurde weiter eingewendet, daß durch den Beitritt zu dieser Vereinigung den Mitgliedern nur Vorteile erwachsen können und eben weil dies der Fall, könne man nicht früh genug damit vorgehen, worauf dann auch der Vertagungsantrag abgelehnt wurde. Der Referent schickte nun voraus, daß seine Stellung zur Zentralisation durch den feinerget auch im Corr. veröffentlichten Vortrag im Vereine Berliner Buchdrucker- und Schriftgießer wohl fast allen bekannt sei. Auffällig sei es, daß diejenigen Kassen und Personen, welche jetzt am eifrigsten für die Zentralisation agitieren, früher die energichsten Gegner derselben waren. Der Grund hierzu ist darin zu suchen, daß gerade diese einen Dedmantel für das mit der freien Arztewahl gemachte Fiasko gebrauchten und den glaubt man in dem Schlagworte „Zentralisation“ gefunden zu haben. Redner gab auf grund der von der Gewerbe-Deputation des Magistrats hieselbst zusammengestellten Betriebsergebnisse der unter Aufsicht dieser Behörde stehenden Kassen ein klares Bild erstens über die schweren Opfer, welche die freie Arztewahl den einzelnen Kassen auferlegt, da dieselben sich mit gebundenen Händen der Diktatur der Ärzte fügen müssen, so daß es, wenn man nicht Sonderinteressen annehmen will, unverständlich ist, wie noch Arbeitervertreter für die freie Arztewahl agitieren können, zweitens über die Leichtfertigkeit, mit der die Zentralisationskommission in die Agitation eingetreten sei, denn nach jeder Richtung hin lassen die aufgestellten Pläne im Vergleich mit diesen Ergebnissen im Stich, da pro 1893 sogar das Defizit am Reservefonds größer ist als die gesamten Verwaltungskosten sämtlicher Kassen betragen; und da rede man noch von Familienunterstützung, eignen Krankenhäusern, Apotheken und dergleichen. Trotzdem nun diese Zentralisationsidee seit zwei Jahren auf der Tagesordnung stehe, sei etwas Greifbares bis heute noch nicht geschaffen, aber sie könne, selbst wenn sie nach wer weiß wie langer Zeit aus dem Dunkel auftauchen sollte, doch keine Verbesserung bringen. Dagegen seien nicht nur den Kassen, sondern auch den einzelnen Mitgliedern bei Anschließ an die freie Vereinigung sofortige greifbare Vorteile geboten, namentlich in Hinsicht auf den Fortfall der Karenzzeit bei Uebertritt; ein ferneres Ziel derselben ist Verbilligung der Medikamente und zwar nicht nur für die Kassen, Schutz gegen unberechtigte Ansprüche Dritter (hier speziell der Armendirektion), Einfluß auf die Verwaltung der Krankenhäuser zwecks besserer Behandlung der Kranken usw. Nachdem in einer längeren Debatte noch mehrere Redner für den Anschluß eingetreten waren, namentlich vom Standpunkte der Selbstverwaltung aus, sodann, weil die Kalamität der Kassen aus der wirtschaftlichen Misere resultiere, welche auch die Zentralisation nicht beseitigen könne, sie würde oder müßte denn die Unterstützungs-dauer herabsetzen, wie sie auch unfer Selbstbestimmungsrecht betreffs der Beamten aufheben würde, wird die vom Referenten vorgeschlagene Resolution: „Die Generalversammlung der Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe vom 25. November erklärt ihre Zustimmung zu der Gründung einer Freien Vereinigung von Krankenkassen Berlins und Umgegend im Sinne des von der 2ler Kommission vorgelegten Entwurfes und beauftragt den Vorstand der Kasse, an der Konstituierung dieser Vereinigung teilzunehmen und nach dieser den Beitritt der Kasse zu vollziehen“, angenommen. — Ein Antrag, die Bureauaufstände zu verlegen, wurde im Interesse der ordnungsmäßigen Geschäftsführung abgelehnt.

* Leipzig. Die auch hier am 15. Oktober ausgenommene Personalstatistik in den Druckereien und Gießereien ergab folgendes Resultat: Die Zahl der ermittelten Personen beträgt ausschließlich der Lehrlinge 2687, welche sich verteilen auf 93 Faktoren, 79 Korrektoren, 1692 Sezer, 544 Drucker, 8 Schweißgedegen, 207 Gießer und 64 Stereotypure. Von den 1692 Sezern sind 824 zum und 7 unterm Tarif im Berechnen thätig. Von den Sezern und Druckern im gewissen Gelde werden 153 unter dem Minimum entlohnt, da-

runter eine Anzahl Magaziniers und Aufräumer. Was die Lehrlingszahl anbelangt, so wurden im Jahr 1893 gezählt 407 Sezer- und 215 Druckerlehrlinge, jetzt 473 Sezer- und 232 Druckerlehrlinge, woraus sich eine Zunahme von 66 Sezer- und 24 Druckerlehrlingen ergibt. Ausgelern haben im Laufe des Jahres 69 Sezer- und 49 Druckerlehrlinge, eingestell wurden 97 und 41. Ueber die Stala werden in Leipzig, dem Sitz des D. B. B., 128 Sezer- und 53 Druckerlehrlinge, zusammen 181, beschäftigt und vor allem sind es Zünungsdruckereien, deren Inhaber sich gegen die Lehrlingsstala die größten Verdienste zu schulden kommen lassen. Dies ist das Ergebnis desjenigen Druckortes, der sich für berufen hält, den Druckereien in der „Provinz“ die „Regeln“ vorzuschreiben, mit deren Hilfe die „Ordnung im Gewerbe“ aufrecht erhalten werden soll. Denkende Leute schließen daraus, daß der Druckort Leipzig, der insolge des Sitzes des Buchhandels in kontinentaler Hinsicht eine dominierende Stellung einnimmt, die Verhältnisse in der „Provinz“ nur deshalb „regeln“ will, um sich diese dominierende Stellung zu erhalten resp. dieselbe zu erweitern.

K-n. Mannheim. 2. Dezember. Die auf heute morgen einberufene allgemeine Buchdrucker-Versammlung war, wie es die Tagesordnung bedingte, ziemlich gut besucht. Sämtliche Druckereien waren gut vertreten, mit Ausnahme der der Volkstämme, die nur ein Mann repräsentierte. Wahrscheinlich sind unsere Kollegen von dort der Versammlung ferngeblieben in dem Bewußtsein, daß sie der „Wohltaten“, die uns ein Teil der Prinzipale in Aussicht stellt, doch nicht teilhaftig werden. Auf der Tagesordnung stand nämlich als erster Punkt: Die Prinzipalkassen und unfer Stellung zu denselben. Kollege H. Müller als Referent kritisierte die famose Gründung in erschöpfender Weise und schloß mit dem Hinweis, daß wir dieselbe energisch zu bekämpfen haben. Nachdem noch verschiedene Redner sich in gleichem Sinn ausgesprochen hatten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Mannheimer Buchdruckerschaft erkennt nach eingehender Beratung, daß die Kassen-Gründung der Prinzipale nicht den Intentionen der Humanität entspringt, erblickt darin vielmehr ein Mittel, die wirtschaftliche Lage der Gehilfen noch abhängiger als bisher zu gestalten; sie fühlt sich mit dem Vorgehen der Berliner und Leipziger Kollegen einig und bebauert, daß es der Breslauer Prinzipalität gelungen ist, eine größere Anzahl von Kollegen zu ködern, erwartet jedoch deren baldigen Austritt aus der Kasse und verspricht, einen hieraus etwa entspringenden Kampf mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.“ Als Schlußwort sprach der Referent den Wunsch aus, es möchten sich, als beste Antwort auf diese Kassen-Gründungen, einige Tausend Kollegen in den Verband aufnehmen lassen. Zwei anwesende Nichtmitglieder meldeten sich sofort zur Aufnahme. Als zweiter Punkt stand auf der Tagesordnung: Welchen Wert haben die Betriebs-(Geschäfts-)Krankentassen für die Arbeiter. Dieser Punkt kam auf die Tagesordnung, da die Besitzer der hiesigen Neuen Bad. Landes-Ztg. eine solche für ihren Betrieb zu gründen beabsichtigen. Ein im Krankentassenwesen wohlversahrener Kollege referierte hierüber in kurzen Zügen, legte die Nachteile der Kasse dar und empfahl den Kollegen der betreffenden Druckerei, gegen diese Gründung zu protestieren. Im gleichen Sinne sprachen sich die nachfolgenden Redner, aus obiger Disziplin selber, aus.

§ Offenbach a. M. Wenn die Schriftgießer bis jetzt sich nur bei von den Buchdruckern veranstalteten Festlichkeiten beteiligten, so wurde bei dem zehnjährigen Bestehen des Schriftgießer-Gehilfenvereins eine besondere Feier arrangiert und es war sozusagen das erste Mal, so viele Gießer vereinigt zu sehen wie an jenem Abend. Natürlich hatten auch die Buchdrucker Einladungen erhalten und die hiesige Mitgliebschaft war fast vollständig vertreten, desgleichen waren der Frankfurter Bezirksvorstand und mehrere Kollegen, wie auch unser Gauvorsitzer C. Dominé anwesend. Das Programm, bestehend aus Konzert, Theater und Tanz, war sehr reichhaltig; zu dem Theaterstücke hatten einige Kollegen (Gießer) die Bretter bestiegen und entledigten sich ihrer Aufgabe befriedigend. Unser unermtlichster Gauvorsitzer Dominé führte in gebundener Rede den Anwesenden die Zwecke und Ziele des Vereins vor Augen. Doch in der großen Gesamtgalt liege die Kraft. Er hoffe und wünsche, daß der Schriftgießergehilfenverein baldigst ein starkes Glied des Verbandes der Deutschen Buchdrucker werde und wenn der Ernst der Zeit herantritt auf dem Plage sei. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband und Schriftgießergehilfenverein schloß derselbe unter anhaltendem Beifalle seine Ausführungen. Nicht unerwähnt mag bleiben, daß die Kolleginnen stark vertreten waren, auch war das Fest durch Gäste und andere Fachgenossen gut besucht. Möge der Verein fröhlich blühen und gedeihen, aber auch den Worten daß Thaten folgen lassen und den auswärtigen Brudervereinen nachstreben, die Lebenslage zu verbessern durch Eintritt in den Verband der Deutschen Buchdrucker.

H. Saalfeld. Nach längerer Zeit tagte am 25. November in Saalfeld wieder eine öffentliche Buchdrucker-Versammlung mit der Tagesordnung: Die Lage der Arbeiter im allgemeinen und die der Buchdrucker im besonderen, zu der die verwandten Berufe sowohl wie die Arbeiter im allgemeinen eingeladen waren. Als Referent war Kollege Eichler aus Leipzig erschienen. Er schilderte die maschinelle und wirtschaftliche Entwicklung in kurzen Zügen, die nur einer kleinen Anzahl Menschen, den Kapitalisten, bisher Vorteil brachte, den Arbeitern hingegen Elend. Zunächst könne hier nur eine Verkürzung der Arbeitszeit, die Forderung, für welche die Buchdrucker bereits bedeutende Opfer gebracht haben und die immer wieder erhoben werden müsse, bis sie errungen sei, einige Besserung herbeiführen. Neben gestellte das an den Beiträgen für den Gewerksverein geübte Sparsystem mancher Arbeiter, während doch nur eine starke Organisation in der Lage sei, die Arbeitsbedingungen einigermaßen erträglich zu gestalten. Er machte ferner darauf aufmerksam, daß es auch notwendig sei, sich politisch zu organisieren; man solle sich ein Beispiel an den Arbeitgebern nehmen, die nicht nur ihre Macht als Arbeitgeber ausüben, sondern auch infolge ihrer Geldmacht die Künste der Gesetzgebung in der Hand halten. Dann ging Redner auf die neueste Kassen-Gründung der Leipziger Zeitung des D. V. B. ein und bewies den Anwesenden durch Tatsachen, daß diese Gründung nur geeignet sei, einen weiteren Knebel für die Gehilfen zu bilden. Die Versammlung erklärte sich in einer Resolution ganz entschieden gegen das Vorgehen der Zeitung des D. V. B. und erklärte die Kassen-Gründung im Sinne des Referenten als einen verwerflichen Schachzug. Sämtliche folgenden Redner ermunterten, dem Uebermut des Kapitalismus kräftige Organisationen gegenüberzustellen. Mit einem Hoch auf die allgemeine Arbeiterbewegung wurde die gut besuchte, anregende Versammlung geschlossen. — Im Anschlusse hieran hätten wir noch einiges über hiesige Verhältnisse zu bemerken. Saalfeld beherbergt 4 Druckereien und 1 Feuerzeng, beschäftigt werden insgesamt 2 Faktoren, 16 Setzer, 6 Drucker, 14 Lehrlinge, davon sind 11 Mitglieder. Der Lohn schwankt zwischen 15 und 26 Mk. Ausgelernte erhalten in der Regel 10 Mk. Salär. Wie aus vorstehendem ersichtlich, sind somit die hiesigen Verhältnisse keine glänzenden und jedem Kollegen ist zu raten, bei event. Konditionsangeboten vorher Erkundigungen beim Vertrauensmannen Fritz Eckerlin, Garnsdorf bei Saalfeld (Saale), einzuschlagen. Den Mitgliedern am Ort aber sei noch gesagt, daß sie es mit ihrer Pflicht, die Versammlungen regelmäßig zu besuchen etwas ernster nehmen mögen, zum Wohle des Ganzen.

Rundschau.

Buchdrucker und Verwandte.

Bei der Kritik der Prinzipalskaffe in ihrer verbesserten Neugestaltung war bisher noch unerwähnt geblieben, daß alle Änderungen der Kassenstatuten der Genehmigung durch die Hauptversammlung des D. V. B. bedürfen. Was also die unter Teilnahme von **Gehilfenvereintreten** tagende Hauptversammlung der Kaffe beschließt, das ist für den alten Fritz, solange nicht die reine Prinzipalsversammlung des D. V. B. ihre Zustimmung gibt. Dieser unverrörene Vorbehalt setzt der Kassengaukelei in der That die Krone auf.

Original ist das Innungswesen in allen Stücken. Die Leipziger Innung hält eine Hauptversammlung ab, deren Beschlüsse nur gültig sind bei Anwesenheit von drei Vierteln aller Mitglieder. Sind die nicht zusammen, so beschließt eine weitere Hauptversammlung ohne Rücksicht auf die Zahl der Teilnehmer. Der Innungsvorstand kennt aber seine Pflichten. Er beruft, anfast nur die erste Dreiviertelmitgliederversammlung um 8 Uhr, gleich auch die zweite rückfichtlose Hauptversammlung auf denselben Abend um 8½ Uhr ein. Damit ist dem Statut wie auch der Mitgliederabwesenheit genügt. Warum aber das Innungsstatut überhaupt erst eine Bestimmung, über die man sich in der Praxis lustig macht, enthält, das ist ein Geheimnis der Innungsweisen; gleich sehr der alten Haubentel-Innung. Ubrigens soll diese Versammlung die Mitglieder zum Beitritt in die Prinzipalskaffe zwingen. Bei den Gehilfen nennt man jedesmal Obligatorium „Tyrannei“ und „Terrorismus“, obgleich sie mit gleichem Stimmrecht beschloffen werden; in der Innung majorisieren die Großdrucker mit drei- und vierfachen Stimmrecht die Kleineren, die bloß eine Stimme besitzen.

Bei Gröbel & Sommerlatte, einer kleinen Buchdrucker in Leipzig, ist eine Thorne-Schneidmaschine in der Aufstellung begriffen. Wahrhaftig ebenfalls nur Reklame der Fabrik, denn gerade den kleinen Offizinen kann man zu allererst eine Ausgabe von 9000 Mk. und noch dazu va banque zutrauen.

Einem Handwagen der Firma Bietow & Meusch in Leipzig, beladen mit fünf Bogen Satz, zum Teile Musternotensatz, passierte das Malheur, von einem Postwagen umgerissen zu werden. Der gesamte

Satz lag in einem Haufen auf den Pferdebahnschienen, so daß der Besatz eine Zeitlang gefloht war.

Verurteilt der Redakteur Hülle von der Thür. Erlös zu 3 Monaten Gefängnis (beantragt waren nur 4 Wochen). Die behauptete Thatfache war sachlich nicht anzusehen, aber aus der Tendenz des Blattes sowie aus den vielen Vorstrafen des Angeklagten schloß das Gericht die Ueberzeugung, daß der Angeklagte die Beamten der Garnisonverwaltung habe beleidigen wollen. Und dabei war die Notiz noch einem andern Blatt entnommen.

Von den modern gehaltenen Zeitschriften aus dem Bongshen Verlage: Moderne Kunst, Zur guten Stunde, Salon-Hefte zur guten Stunde und Für Alle Welt liegen die neuesten Hefte vor in bester Reichhaltigkeit und Güte. Großartig ist die Weihnachtsnummer der Modernen Kunst, der ja schon aus den Vorjahren ein glänzender Ruf voraussetzt. Sie enthält nicht weniger als sechs Kunstbeilagen größten Stiles, zwei Extrablätter in Gestalt farbiger Blätter, ein Duzend Aquarell-Facsimiledrucke und sechs große Vollseiten-Holzschritte. Was hier den Abonnenten für 1 Mk. (Nichtabonnenten 3 Mk.) geboten wird, ist wirklich erstaunlich. Die übrigen Hefte dienen den betreffenden Unternehmungen ebenfalls zur Empfehlung. Für die nächste Zeit kündigt die Moderne Kunst eine „Reichstags-Nummer“ an, auf die man gespannt sein darf. Diefelbe wird das neue Reichstagsgebäude in Einzelbildern vorführen, ferner zwanglose Gruppenbilder der Parlamentarier u. dgl. m. — Im Verlage von Wörlin & Co., Nürnberg, ist erschienen: Vater Ambrosius. Charakterbild aus dem fränkischen Bauernkrieg. Historische Studie von Wilh. Bloß. 64 S. 25 Pf. — Im Verlage des Vorwärts, Berlin: Gustav Adolf. Ein Fürstenspiegel zu Lehr und Nutz der deutschen Arbeiter. Von Franz Mehring. Hat bereits die zweite Auflage erlebt.

In der Regierungen-Druckerei in Washington wurde an Stelle der Stückerarbeit die Zellarbeit allgemein eingeführt. In Holyoke Mass. beschloß der Stadtrat, seine Drucksachen nur in Unionsoffizinen herstellen zu lassen und Anzeigen nur in solchen Zeitungen zu veröffentlichen, die mit der Kontrollmarke der F. U. versehen sind. Der Herald in Utica N. Y. mußte sich nach jahrelangem Sträuben zur Anerkennung der Unions bequemen.

Journalistische Diebstähle. Schon längere Zeit hatte die Affilierte Presse ihre Konkurrentin, die United Press, in dem Verdachte, daß sie die Depeschen jener widerrechtlich benutze. Man stellte ihr eine Falle, in der sie sich fing. Die Affilierte Presse brachte eine Depesche aus Indien des Inhaltes: „Die tributpflichtigen Eingeborenen der Provinz Duffia haben sich gegen ihren Beherrscher Raja, Sirt El Ots Pu Eht“ empört.“ Diese Nachricht erschien denn auch in den Zeitungen der United Press. Nun machte die Affilierte Presse bekannt, daß die United Press selbst ihr Thun mit dem rechten Namen bezeichnet habe. Der Name des unglücklichen Rajahs ist rückwärts gelesen: The U. P. (United Press) stole this. d. h. „Die United Press hat dieses gestohlen.“ (Zfr. Ztg.)

Industrie und Gewerbe.

Daß das Stahlwerk Hösch in Dortmund den größten Teil seiner Arbeiter entläßt, dagegen ist vom kapitalistischen Standpunkte kein Einwand zu machen, daß aber als Grund der Entlassung die infolge der bestehenden Syndikate eingetretene Preiserhöhung der Rohmaterialien angegeben wird, das will der Köln. Zeitung nicht gefallen. Sie wirft der Aktiengesellschaft Hösch vor, daß sie ja selbst einem Verband angehört und ihre Söhnen und Schwellen mit Hilfe desselben ebenfalls teuer verkaufe, um „einen angemessenen Gewinn für das in Waagnis stehende Kapital zu erzielen“. Sie habe 1893/94 nach reichlichen Abschreibungen einen Gewinn von 400000 Mark — 10 Proz. des werbenden Kapitals gemacht, könne also recht gut aus den angesammelten reichlichen Rücklagen den Arbeitern ein Wartegeld zahlen resp. mit einem geringeren Gewinne sich begnügen. „Was man aber — sagt die Köln. Ztg., das Kapitalistenblatt, weiter — von einem kapitalistischen und wirtschaftlich bedeutenden Unternehmen mit Recht verlangen kann, das ist eine billige Rücksichtnahme auf seine Arbeitskräfte und auf die von deren Beschäftigung und Wohnung abhängigen Familien. Diese der Not in strenger Jahreszeit auszusetzen, kann dadurch nicht entschuldigt werden, daß ein bisher reichen Verdienst erzielendes Werk die Rohstoff-Erzeuger anlagt, daß diese auf Preise halten, die zu ihrem eignen notwendigen Bestehen durchaus erforderlich sind.“ Auch die Woff. Ztg. spricht sich in ähnlichem Sinn aus und ergänzt die Kölnische, indem sie meint, es klinge eben nicht unglücklich, daß gerade durch die Kartelle und Syndikate es mancher Unternehmung unmöglich gemacht werde, die Arbeiter fernerweit nützlich zu beschäftigen. Solche Zugeständnisse in einer Zeit, wo man den Staat für die Erhaltung der heutigen Wirtschaftsordnung um Schutz ansieht, sind recht kostbar. In ihrem Borne haben die guten Leute nur vergessen, daß nicht allein in dem fraglichen Unternehmen die Arbeiter, „um einen ange-

messenen Kapitalgewinn zu erzielen“, auf die Strafe gesetzt, dem Elend überantwortet werden, sondern überall, wo das Unternehmertum seinen Gewinn gefährdet sieht. Die Herren können also ganz gut, um der Wahrheit die Ehre zu geben, ihre Sätze ohne weiteres verallgemeinern — freilich würden sie dann auch zu den Umsturzbartelen gezählt werden.

Kein bar Geld. Die Rhein.-Westf. Zeitung, das Digan Krupps und Baares, mußt darüber auf, daß in neuerer Zeit die Behörden, wie es ihnen § 115 der G.-O. vorschreibt, darauf dringen, daß den Arbeitern kein Lohnabzug für die von den Konsumanstalten der Beden geleisteten Waren gemacht wird. Die gedachte Zeitung faßt von schwerer Schädigung der Konsumanstalten und — der Arbeiter. Wenn dieser letztere bar Geld habe, so falle er den Hausierern in die Hände und verende wohl auch übermäßig viel für das Wirtschaftshausen. Also kein bar Geld mehr in die Hände — das verwalten die Herren Vorgesetzten und geben davon je nach Bedarf, über den sie natürlich entscheiden, an den Arbeiter ab. Wenn noch ferner die Arbeiter sich jeder Organisation ihrer Berufsgeoffenen gegenüber indifferent verhalten oder sich in evangelische, katholische, Hirsch-Dundersche usw. Gewerksvereine spalten, so kann es wohl kommen, daß die Parole „Kein bar Geld in die Hände“ zur Wahrheit wird.

Die von der amerikanischen Bundesregierung eingeleitete Untersuchungskommission über den Pullman-Streit hat ihren Bericht veröffentlicht. Es wird darin die Selbsttätigkeit der Pullman-Gesellschaft durch Anführung einer Reihe von Beispielen dargestellt, ebenso der Vereinnahmung der Leiter aller in Chicago mündenden Eisenbahnen ein Tabellenvotum erteilt betr. Behandlung der Angestellten usw. Demgegenüber kommen die Streikenden ganz glimpflich weg, obwohl die Kommission sich entschieden gegen Streiks und Boykotts ausspricht. Im ganzen genommen geht aus dem Berichte hervor, daß die Unternehmer es nicht an Brennstoff für ein Aufkommen der in jedwelliger Weise gedrückten Arbeiter fehlen lassen und somit die allein Schuldigen sind. Die Kommission empfiehlt nun Zwangs-Schiedsgerichte und staatliche Anerkennung der Arbeiter-Vereinigungen: „Das Wachstum der Macht und des Reichthums der Korporationen war das Wunder der letzten 50 Jahre. Korporationen waren ungewisselhaft gegenständig für das Land und haben seine Hilfsquellen entwickelt. Es sollte nicht überraschend sein, wenn das Wunder der nächsten 50 Jahre ein Fortschritt der Arbeit zu einer Stellung von gleicher Macht und Verantwortlichkeit wäre. Bisher haben wir jene begünstigt und diese vernachlässigt.“

Bereine, Kassen usw.

Ueber die Frage, ob im kommenden Jahr ein Gewerkschaftskongress stattfinden soll oder ob ein von ihr zu gebender Jahresbericht genüge, hatte die Generalkommission eine Abstimmung unter den Zentralverbänden veranlaßt. Für Herausgabe eines Berichtes stimmten fast sämtliche Gewerkschaftsvorstände, ebenso waren die meisten der Ansicht, daß hierdurch ein nächstjähriger Kongress hinfällig werde. Unser Verbandsvorstand stimmte für den Bericht und will nach Erscheinen desselben über die Notwendigkeit eines Kongresses urteilen. Verschiedene Verbände waren durchaus für einen Kongress. Ob der Bericht jedem Gewerkschaftsmitglied ausgehändigt oder wie sonst verbreitet wird, das unterliegt noch einer spätern Festsetzung.

Die Zahlstelle des Maurer-Verbandes in Harby gedachte am 17. November ihr Stiftungsfest mit Konzert und Ball zu feiern und hatte dies auch polizeilich angemeldet, was übrigens nicht nötig war und darum besser unterblieben wäre. Als das Fest begonnen hatte, drang Gendarmerie in den Saal, erklärte den Maurerverband für einen politischen Verein, verlangte die Entfernung der Frauen und Lehrlinge und — da dem nicht sofort Folge geleistet wurde, so wurde die „Versammlung“ aufgelöst. Ein-später aus Budau eingetroffener Geländer, der erst am andern Tage wieder zurückfahren konnte, besprach sich mit dem Wirt über die Verberberung seiner Mitglieder — auch diese „Versammlung“ wurde aufgelöst.

In Bay erndürfen nach dem Vereinsgesetze Minderjährige nicht an den Versammlungen teilnehmen. Diese Bestimmung ist bisher nur wenig gehandhabt worden, jetzt aber scheint man ihr mehr nachzugehen zu wollen. So wurde z. B. ein Schneider in München, dem noch ein ganzer Monat an seiner Mündigkeit fehlt, mit einem Strafmandate von 10 Mk. bedacht. Der Obmann und der Rechnungsführer der Gehilfen-Krankenkasse der Freiwaise in Wien wollten ein christlich-soziales Fachblatt zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gründen, hatten aber kein Geld dazu. Sie wußten sich zu helfen und entnahmen der ihnen anvertrauten Kasse 1100 fl. Das Gericht scheint dieses „edle Streben“ nicht gebilligt zu haben, es verurteilte die Gründer zu je 8 Monaten Arrest.

Arbeiterbewegung.

Ein Typier in Rostock war der Ansicht, daß man den Streikbrechern das Genick brechen müsse. Hätte er diese Ansicht für sich behalten, so war das nicht

schlimm, er hat sie aber einem Streiftreiber gegenüber ausgebrochen — das wurde mit drei Tagen Gefängnis bestraft. Ein anderer Köpfer hatte einem solchen in „unangenehmem“ Tone bemerkt gemacht, daß in Hofstad Streift sei — dieser wurde freigesprochen.
Bei Kindern in Nötha sind die Zuchtler und Kürschner wegen Nichteinhaltung des vereinbarten Tarifs mit dem Unternehmer in Differenzen geraten. Die Vermittlungsversuche der Seidenweber in Bielefeld sind gescheitert, der Streik also definitiv beendet. 74 Weber bezw. Weberinnen sind ausgesperrt.

Gestorben.
In Halle a. S. am 1. Dezember Hermann Schulze, Faktor der Buchdruckerei von E. Karas — 67 Jahre alt.
In Leipzig am 3. Dezember der Seher Friedr. Bamberger, 49 Jahre alt.
In Spatimär am 24. November der Buchdruckereibesitzer Joh. Molnar, 38 Jahre alt.

Briefkasten.
B., hier: Außer stande jemand zu nennen. Empfehlung zu inserieren. — B. in Köpferbüch: Auf diese Frage bekenen sich unsere Statistiken nicht aus. — W. 20, Bochum: Die Offerte ist an H. & B. abgegangen. — R. in Lagny: 50 Pf. — Eilmann in Bochum: Lassen Sie sich die 2,50 Mk. von Herrn Sremski dort auf unsre Rechnung auszahlen. — R. in Nürnberg: Bei der Post bestellt und abgeholt ist billiger als durch die Geschäftsstelle bezogen. — D. F. in Gr. Umstadt: Aufnahme nach Eingang des Betrages (1 Mark).

Verbandsnachrichten.
Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer. Mittwoch den 12. Dezember, abends präzis 9 Uhr: Vereinsversammlung im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37. T.-D.: 1. Vereinsmittlungen. 2. Vortrag des Schrift-

stellers Herrn Manfred Wittich. 3. Bekanntgabe des Wahlergebnisses. 4. Remuneration der Schriftführer. 5. Geldebewilligung. 6. Fragelasten.
Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigefügte Adresse zu senden):
In Greißwald der Seher Carl Bartels, geb. in Greißwald 1864, ausgl. daf. 1882. — F. Miethe in Straßburg, Mühlentstraße 38 p.
In Neunkirchen (Reg.-Bez. Trier) der Seher Hugo Riederer, geb. in Wittweiler 1876, ausgl. in Neunkirchen 1894; war noch nicht Wittg. — C. Madenach in Saarbrücken, Meyerstraße 17.

Luxemburg. Das Blattikum wird von jetzt ab in der Buchdruckerei von L. Püch ausbezahlt und ersuchen wir die Herren Reisekassabekanntler der umliegenden Städte höflichst, die Durchreisenden auf diese Aenderung aufmerksam zu machen.

Verkaufte Seite 25 Pf., Stellen-Angebote, Gesuche und Verleihen-Anzeigen bei direkter Zusendung 10 Pf. **Anzeigen.** **Belegnummern 5 Pf. — Beitrag bei Aufgabe zu entrichten. Offerten ist Freimarte zur Weiterbeförderung beizufügen.**

Buchdruckerei in Berlin
3 Schnellpressen, Niegeldruckpresse, Gasmotor, Schneidemaschine, Stereotypie, mit laufenden Arbeiten versehen, für nur 7500 Mark zu verkaufen. Adressen erb. an D. Franz, Weißenburger Straße 17, II. [124]

Teilnehmer
mit 2000 bis 3000 Mark, bei successiver Einlage, wird behufs Erweiterung einer rentablen Berliner Buchdruckerei, Blanks- und Vuzukartenfabrik gesucht. Off. erbeten unter Nr. 137 durch die Geschäftsst. d. Bl.

Seher, 27 J. alt, tüchtig, korrekt u. selbst., filitisch sehr begabt, sucht entspr. dauernde Stelle. Antritt jederzeit. Beste Zeugnisse wie auch Stilproben zur Verf. Auf Off. m. näh. Angaben über verlangte Thätigkeit und Gehaltsminimum ausführlich. Auskunft: S. Nieten, Celle (Sann.), Jägerstraße 33. [122]

Schriftseher
20 Jahre alt, gut bewandert im Werk-, Zeitungs- und Tabellenfabe, flint, korrekt u. perfekt in der englischen Sprache, drei Jahre im Auslande, wünscht dauernde Stellung. Werte Off. zu richten an Aug. Leopold, Stuttgart, Hauffstr. 8, part.
Ein junger, militärfreier [131]

Schriftseher
in allen Gattungen bewandert, sucht sofort oder zum 15. Dezember dauernde Kondition. Offerten an Th. Zännes, Lönning (Sollstein), Mademacherstr., erb.
Suche für bald Stellung als
Zeitungs-, Werk- oder Inseratenseher
Offerten erbeten an Schriftseher Hundert, Nieder-Hermesdorf, Kreis Meise. [136]

Ein Maschinenmeister
tüchtig in seinem Fache, sucht wegen nationalen Verhältn. anderwärts Stellung. War lange Zeit als erster Maschinenmeister in Stelle und wünscht solche wieder einnehmen zu können. Werte Off. mit Gehaltsang. unter R. L. 143 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Umsichtige Buchdrucker
können sich durch die Vertretung eines Teilgeschäftes engros einen sichern Nebenverdienst verschaffen. Off. unter Nr. 138 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Achtung!
Den Schriftgießer Herrn Paul Krüger aus Hamburg ersuche, zwecks dauernder Kondition mir seine Adresse einzusenden.
Schriftgießerei E. H. Kolland
Berlin N 31. [139]

Für Anfänger [76]
ist eine Mailändersche Cylindertretmaschine ganz unentbehrlich! Dieselbe zeichnet sich nicht nur durch solide vorteilhafte Bauart, leichten Gang und saubersten Druck etc., sondern auch durch billigsten Preis aus, zudem werden die kulantesten Bedingungen seitens der Fabrik gewährt.
Prospekte und Druckproben, auch von grösseren Schnellpressen, auf Verlangen gratis und franko.
J. G. Mailänder, Maschinenfabr., Cannstatt (Württh.).

Komplette Druckerei-Einrichtungen
für Accidenz-, Werk- und Zeitungsdruck mit den neuesten prakt. Maschinen, Schriften u. Utensilien liefert billigst und in kürzester Frist
Gutenberg-Haus Franz Franke
Prinzenstr. 31, BERLIN S, Prinzenstr. 31.
Mech. Werkstatt — Maschinenbau. Schriftsetzerei — Utensilienfabr

Meine während langjähriger Thätigkeit als praktischer Buchdrucker gesammelten Erfahrungen setze ich in den Stand, Buchdruckerei-Einrichtungen beliebigen Umfangs und für jede Sprache genau den angegebenen Arbeitzwecken entsprechend zu liefern, jedes Uebermass in den Anschaffungen zu vermeiden und die Kostensumme aufs äusserste zu beschränken.

Haben wieder Reisende noch Vertreter.

Gebr. Grünebaum
Bürgel-Offenbach.
Fraktur- und Antiqua-Kästen:
grosse à 5,50, kleine à 3,30 Mk.
Probekästen u. illustrierte Preislisten zu Diensten.

Haben wieder Reisende noch Vertreter.

Morik Ahle, Berlin
Kreuzberg-Strasse 32/33.
Jeden Sonntag gemüthliche Morgensprache, Stammfrühstück, Gänsebraten, Eisbein-Sauerthohl (Spezial).
Mittagstisch; Bier: Münchener Brauhaus.
Abends Unterhaltungskonzert. [935]

Düsseldorf.
Sonntag den 9. Dezember, Ausflug mit Damen nach Gerresheim zum Besuche der dortigen Kollegen. Abmarsch punkt 2 Uhr vom Vereinslokale Kornweibel, Breitestraße 15. Rückfahrt mit der Bahn. [140]

Leipzig.
Morgen Sonntag den 9. Dezember, vorm. 1/2 11 Uhr, im großen Saale der Zentralthalle:
Allgemeine Buchdrucker-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Der Stand unserer gegenwärtigen Abwehrbewegung. Referent: Kollege Arthur Gasch. 2. Diskussion. Kollegen, erscheint recht zahlreich in dieser Versammlung! **Der Einberufer.** [144]

Frankfurt a. M.
Sonntag den 9. Dezember, vormittags 10 Uhr:
Allg. Buchdrucker- u. Schriftgießerversammlung
im Saale der Konkordia, Gr. Hirschgraben 19.
Tagesordnung: 1. Die am 1. Januar 1895 beabsichtigte Einführung der Arbeitslosen- und Invalidentasse des Prinzipalvereins. Referent: Kollege Karl Dominé. 2. Wie stellt sich die Frankfurter Gehilfenschaft zur Anbahnung einer Tarifgemeinschaft? Referent: Kollege L. Dorich. 3. Verschiedenes.
Durch ungenügende und zu späte Vernehmung der Zirkulare mußte die zu Sonntag den 2. Dezember anberaumte Versammlung auf Sonntag den 9. Dezember vertagt werden. [142]
Die örtliche Tarifüberwachungskommission.